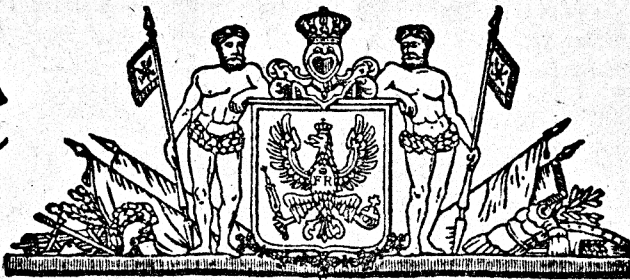


Vossische



Zeitung

Begründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

40 Pfennig

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard, Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handst.): Jul. Elbau, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Moritzplatz 11800 bis 11852 Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660

Briands „Rein“.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

* Paris, 25. November.

Ueber den Verlauf der Vollziehung berichtet Stephan Lauzanne im „Matin“ noch folgendes: Balfour fragte, ohne Zweifel auf Instruktionen aus London hin, ob es bei Berücksichtigung aller besonderen Umstände nicht möglich sei, über die Beschränkungen der Rüstkungen zu Lande und besonders über die Effektivbestände der einzelnen Armeen eine Debatte zu eröffnen. Hierauf erwiderte Briand kurz mit „Rein“ und sagte u. a.: „Frankreich wird seine Armeen schon um 33 Prozent reduziert haben, wenn Sie erst Ihre Flotten um ein Prozent herabgesetzt haben werden. Diese Angelegenheit ist für Frankreich eine Vertrauensfrage. Ich stelle sie voll und ganz und erkläre, daß, wenn die Konferenz eine Unterkommission ernennen sollte, um die Effektivbestände einer Prüfung zu unterziehen, Frankreich in dieser Kommission nicht vertreten sein wird. Sie werden allein über die Frage in Abwesenheit Frankreichs beraten müssen. Es gibt nur einen Fall, wo ich eine Herabsetzung der französischen Armeen annehmen könnte, das ist, wenn Sie mit einem formellen Allianz- und Garantievertrag vorlegen.“ In dem Bericht heißt es weiter, daß der Dolmetscher die Rede Briands langsam Wort für Wort übersehte. Es herrschte eine tiefe Stille. Schließlich unterbrach sie Hughes und sagte: „Die Frage ist erledigt.“

Wie Stephan Lauzanne weiter meint, kann nach der gestrigen Sitzung der Vollkommission die Frage der Abrüstung zu Lande als aufgegeben betrachtet werden. Es wurde einstimmig beschlossen, die Aufgaben der zukünftigen Unterkommission auf die Anwendung giftiger Gase, die Verwendung von Flugzeugen und auf die Beobachtung der Grundsätze des Völkerrechts im Kriege zu beschränken.

Nach der „New York Times“ soll Briand, als ihm erzählt wurde, daß die Engländer der Ansicht seien, die französische Forderung nach einer großen Unterseeboottonnage sei anscheinend gegen England gerichtet, erklärt haben: Wenn die Engländer 500 000 Tonnen Großkampfschiffe behalten, so sage ich nicht, daß dies gegen Frankreich gerichtet sei. Vielleicht brauchen die Engländer ihre Großkampfschiffe zum Fischen von Sardinen. Nun schön, wir brauchen Unterseeboote, um die Flora auf dem Meeresgrunde zum Nutzen unserer Botanischen Gesellschaft zu studieren. England wünscht das Unterseeboot abzuschaffen; wir lehnen das ab. Wenn England aber die Großkampfschiffe abzuschaffen wünscht, werden wir das sofort annehmen.

Japanische Konzessionen.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

wf Paris, 25. November.

In der Haltung Japans ist, so wird aus Washington gemeldet, ein Wandel im Sinne größeren Entgegenkommens eingetreten zeitlich mit der Verstärkung der japanischen Delegation durch den Vizeminister des Außern Masamio Hatihara. Das Gerücht, daß Japan zur Annahme des von Amerika geforderten Verhältnisses 5:5:3 für die Flotten Amerikas, Englands und Japans bereit ist, wurde bisher allerdings nicht bestätigt.

In der Bündnisfrage soll Japan sich zum Verzicht auf das englisch-japanische Bündnis bereit erklärt haben, falls an seine Stelle ein Dreiverband unter Beteiligung Amerikas trete. Da die Vereinigten Staaten aber jede Art von Bündnisverpflichtungen ablehnen, wird gegenwärtig die Frage erörtert, wie Japan auf andere Weise für den Fortfall des Bündnisses mit England entschädigt werden könnte. Japan soll weiter beschlossen haben, auf der Schleifung der amerikanischen Befestigungen im Stillen Ozean nicht zu bestehen, sondern der Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Stützpunkte zuzustimmen. Japan ist ferner bereit, die Insel Sachalin zu räumen, falls Genugtuung für die ermordeten japanischen Missionare gegeben werde. Auf die Territorialität seiner Konzessionen in China will Japan verzichten, wenn die anderen Mächte das gleiche tun, verheißt aber nicht, daß der Augenblick dazu schlecht gewählt sei.

Nach dem Washingtoner Sonderberichterstatter der „Chicago Tribune“ sind Anzeichen für einen Konflikt in der chinesischen Frage zwischen England und China zutage getreten. Der englische Standpunkt sei, daß die Annahme der Rookischen Grundsätze durch die Mächte die Zustimmung Chinas für das internationale Programm voraussetze. Die Chinesen stünden dagegen auf dem Standpunkt, daß sie zu einem solchen Programm niemals ihre Zustimmung geben hätten. Nach englischer Auf-

fassung bedeute die Politik der offenen Tür die Zusammenlegung aller verbündeten Eisenbahnen oder Eisenbahnkonzessionen unter einer Leitung, die durch eine internationale Revisionsbehörde zu gewährleisten wäre.

Weiter verlangt die chinesische Delegation eine fortschreitende Freiheit Chinas, seine Zölle zu erhöhen, im einzelnen zu bestimmen und zu staffeln. Der chinesische Vorschlag zielt auf völlige Autonomie Chinas nach einer gewissen Zeit ab. Dementgegen erklärt England, daß eine Ueberwachung notwendig sein werde.

Finanzkonferenz in London?

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

b Paris, 25. November.

Das „Echo de Paris“ beschäftigt heute die Information seines Washingtoner Korrespondenten, daß Lloyd George zu Anfang des neuen Jahres in London eine Finanzkonferenz zusammenberufen wolle. Eine hohe politische französische Persönlichkeit erklärte einem Vertreter des Blattes, daß die Reparationskommission, falls der Reichskanzler Birck innerhalb 10 Tagen keine endgültigen und genauen Erklärungen abgegeben habe, in einer Note, die wahrscheinlich am 29. oder 30. November veröffentlicht werden dürfte, ihren Standpunkt über die Notwendigkeit darlegen werde, daß Deutschland seine demnächst fällig werdenden Zahlungsverpflichtungen voll und ganz erfülle.

Sachleistungen für England.

Kritik der Industrie-Interessenten.

lw London, 25. November.

Der Vorschlag Sir Peter Rylands, die deutschen Reparationen in Gestalt von Sachleistungen entgegenzunehmen, hat geteilte Aufnahme gefunden. Die Anregung, daß Deutschland den Kanal tunnel bauen solle, wird teilweise günstig beurteilt; England werde dabei angeblich eine Ersparnis von 50 Millionen Pfund Sterling erzielen. Dagegen protestieren die Vertreter der elektrischen Industrie gegen die Absicht, Deutschland den Auftrag zur Versorgung Englands mit elektrischen Kraftstationen zu geben. England müsse vielmehr jede Möglichkeit benutzen, um die eigenen Arbeitslosen zu beschäftigen. Die großen Elektrizitätswerke in England sollten eine ständige Reklame für die eigene Industrie sein, nicht aber für die ausländische.

In einer Rede in Jersey beschäftigte sich Sir Robert Horne mit der finanziellen Lage Deutschlands und den Aussichten für die Reparationszahlungen. Er sagte, die Reparationskommission habe nur die Möglichkeiten der Zahlung der nächsten Raten festgelegt, habe sich aber nicht mit der Stimmung befaßt. Wenn Deutschland auf Konzessionen in der Zukunft hoffe, müsse es seine Methoden gründlich ändern. Es müsse seine Notenpresse anhalten und dürfe nicht mehr in Papiermark einen Wohlstand vorkäufeln, der nicht vorhanden sei. Dagegen müsse das Volk so hoch besteuert werden, daß die Ausgaben gedeckt werden. Abhilfe müsse geschaffen werden, denn wenn Deutschland zusammenbräche, würde das eine Katastrophe für ganz Europa bedeuten. Stinnes hat London gestern abend verlassen.

Auflösung des Warschauer Stadtrates.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

mb Warschau, 24. November.

Wie der „Robotnik“ erfährt, hat der Staatschef Pilsudski heute ein vom Ministerrat vorgelegtes Dekret unterschrieben, welches die Stadtvertretung von Warschau drei Monate vor Ablauf der ohnehin zu Ende gehenden Wahlperiode auflöst und Neuwahlen anordnet. Die Veranlassung hierzu bietet der Zustand der städtischen Finanzwirtschaft. Zwar bestreitet der Magistrat in einem soeben veröffentlichten Kommuniqué, daß die ministerielle Kontrollkommission, deren Bericht noch nicht vorliegt, die in der Öffentlichkeit behaupteten Amtsmißbräuche festgestellt habe. Daß aber das Budget der Stadt eine Milliarde Einnahmen gegen 6 1/2 Milliarden Ausgaben aufweist und die Finanzen der Hauptstadt vor der Katastrophe stehen, muß selbst die denationaldemokratischen Magistrat verteidigende „Nacpopolita“ zugeben.

Die Warschauer Stadträte finden denn auch sonst in der Öffentlichkeit keinerlei Sympathien. Warschau ist die am schlechtesten verwaltete Stadt in Polen, schreibt „Przegląd Wicjorny“. Er weiß ferner zu berichten, daß als Alternativvorschlag neben der Auflösung der Stadtvertretung im Ministerrat die Eröffnung eines Untersuchungsverfahrens durch die Staatsanwaltschaft gegen den Magistrat zur Diskussion stand. Noch vor Erscheinen des angekündigten Dekrets hat der Präsident der Stadt Warschau, Drzewiecki, heute seinen Abschied eingereicht.

Carl und der Waffenstillstand.

Die Gefangennahme der Südtiroler Heeresgruppe.

Von

Richard Huldshiner.

Karl von Sabsburg ist auf Madeira gelandet. Man hat versucht, für ihn an das Mitgefühl der Zeitgenossen zu appellieren. Vergessene Liebesmühen! Es gibt nichts, was geeignet wäre, das Bild des unheilvollen Mannes und seiner ehrgeizigen, verantwortungslosen Gattin zu Ehren zu bringen. Allen weichen Herzen aber empfehlen wir, sich daran zu erinnern, welche unsägliche Unheil Karl von Sabsburg durch seine doppelzüngige Politik im Krieg über die österreichisch-ungarische Armee gebracht hat, namentlich aber über die in Südtirol stehende Heeresgruppe Erzherzog Eugen, die durch Lüge und Verrat von ihm in italienische Kriegsgefangenschaft getrieben wurde.

Es ist an der Zeit, diese Tatkaten sich wieder ins Gedächtnis zurückzurufen. Ich berichte das, was ich am eigenen Leibe erfahren habe; die letzte Einsicht allerdings in Vorgänge, die uns damals beim Zusammenbruch am 3. und 4. November 1919 noch ganz rätselhaft erschienen und uns eher an eine Verletzung des Völkerrechts von Seiten der Italiener denken ließen, als an alles andere, ist erst allmählich gekommen.

Wir standen unter dem Kommando des Prinzen Elias von Parma, eines Stiefbruders der Rita, im Abschnitt Riva. Der Prinz, damals Oberst, war auf Urlaub in Wien und sollte am 1. November nach seinem Standort Branzo zurückkehren. Daß die Lage der Deutschen und österreichischen Heere nach dem Mißlingen der Offensive in Frankreich und Oberitalien, nach dem Abfall der Bulgaren und nach dem Manifest Kaiser Karls, das „keinen“ Völkern die Freiheit gab, bedenklich war, mußten wir. Aber Nachrichten aus dem Hinterland erreichten uns nicht; trotz schlechter Verpflegung war die Manneszucht bei uns vorzüglich, auch bei den tschechischen und ungarischen Abteilungen; nur einigen tschechischen Offizieren gelang es trotz Urlaubssperre sich einen „offenen Befehl“ zur Heimreise zu erwirken; sie waren offenbar von Hause aus irgendwie über den bevorstehenden Zusammenbruch orientiert worden. Die Nachricht über Waffenstillstandsvorhandlungen mit Italien wurde bekannt gegeben; nur ein paar Tage noch aushalten, hieß es, dann sei alle Not vorüber. Die Tätigkeit der feindlichen Artillerie war zeger denn je.

Am Abend des 1. Novembers verabschiedete sich Oberst Prinz Elias von Parma von Trient aus telefonisch von uns. Er sei auf dem Rückweg auf dem Urlaub bis dahin gekommen, hätte dort aber den Befehl zur Wiedereintrückung ins Armeekorps-Oberkommando nach Baden bei Wien vorgefunden.

Wir wurden stutzig, hielten aber nach wie vor stand. Am 2. November bekamen wir Befehl, den Rückzug für den nächsten Tag vorzubereiten. In der Nacht darauf erreichte das feindliche Feuer einen kaum noch je dagewesenen Grad, unsere Geschütze stellten auf höhere Weisung das Feuer ein. Unser Abschnittskommandant Oberstleutnant Sandri teilte uns mit, daß ein bis ins Detail ausgearbeiteter Rückzugsbefehl als letztes Lebenszeichen des nun schweigsam gewordenen Korps-Kommandos in Vezzano vorliege. In der Nacht vom 2. zum 3. November kamen sich widersprechende Meldungen, um 3 Uhr in der Frühe die Nachricht, der Waffenstillstand sei abgeschlossen. Sie wurde bald widerrufen, um 6 Uhr in der Frühe aber erneute sie sich und, obgleich die feindliche Artillerie nicht zu schießen aufhörte, mußten wir nicht nur allenthalben selbst das Feuer einstellen, sondern unter Zurücklassung aller Munition mittags um 12 Uhr befehlsgemäß durch wütendes Sperrfeuer des Feindes hindurch den Rückzug antreten. Die schon vorbereiteten Sprengungen der Geschützstände, Seilbahnen, Bergwege und Brücken mußte unterbleiben, italienischen Abteilungen sollte das Vorrücken und das Besetzen von Stellungen hinter der Front nicht verwehrt werden. Es war ja „Waffenstillstand“.

Am 4. November, 10 Uhr vormittags, erklärten italienische Truppen, auf die wir in Indikatien beim Rückmarsch stießen, uns Waffenlos für Kriegsgefangene und beriefen sich auf ihren Befehl, der folgendes besagte: „Der Waffenstillstand beginnt am 4. November, 3 Uhr nachmittags... sämtliche Personen, die sich rückwärts einer Dreikilometerzone, gerechnet von der vordersten italienischen Spitze, befinden, sind Kriegsgefangene.“

An jenem Tage wanderten 15000 Offiziere und Soldaten, die ganze Heeresgruppe Eugen, soweit sie sich im Operationsgebiet befand, ins Elend.

Den Zeitpunkt, zu welchem der Waffenstillstand wirksam wurde, mußte man im A. D. R. wissen. Dennoch wurde dem Heer mitgeteilt, er beginne in der Nacht vom 2. zum 3. November. Wollte man uns nicht in Gefangenschaft jagen, so mußte man den Befehl zum Rückzug so zeitig geben, daß wir bis zum 4. November, nachmittags 4 Uhr vor den vom Tonale wie vom Etstal vorrückenden italienischen Kolonnen den nötigen Vorrang gewinnen konnten und Sorge tragen, daß wir nicht durch Zurücklassen der Munition wehrlos wurden. Aber dadurch, daß das A. D. R. den Termin